

# Kommunaler Finanzausgleich

## Was ist das?

Überall dort, wo Menschen zusammenleben, in den Städten, in den Dörfern und in unseren Landkreisen, muss Geld da sein, damit etwa die Wasserversorgung, der Busverkehr und die Kindertagesbetreuung funktionieren. Gute Schulen, Krankenhäuser, Wohnraum und vieles mehr müssen vorhanden sein. Das nennt man auch Daseinsvorsorge, und die kostet Geld.

Die Kommunen, also die Städte und Gemeinden, regeln ihre Angelegenheiten selbst. Das ist kommunale Selbstverwaltung und grundgesetzlich geregelt. Neben den eigenen Aufgaben müssen Städte und Gemeinden aber auch viele Dinge erfüllen, die ihnen zum Beispiel das Land übertragen hat, etwa den Rettungsdienst oder die Bauaufsicht.

### Welche finanziellen Mittel bekommen die Kommunen?

- Gebühren und Beiträge
- Steuereinnahmen
- Finanzausweisungen vom Land

Letztere fließen den Kommunen über das System des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) zu.

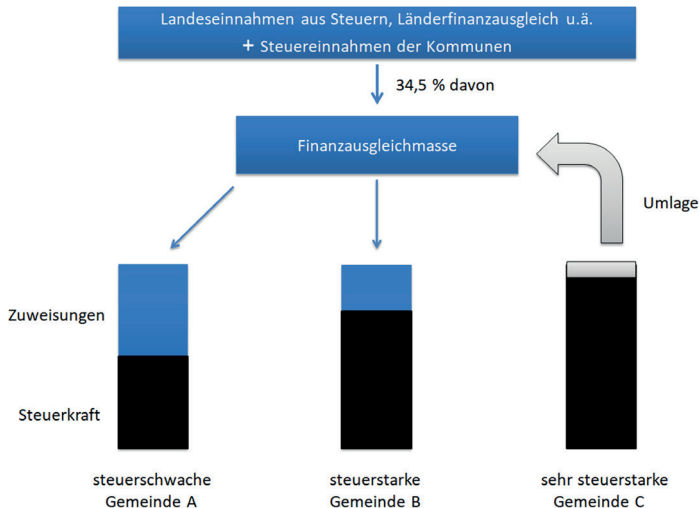
Es geht darum, Unterschiede in der Finanzkraft auszugleichen, also zwischen den Landkreisen, Städten und Dörfern. Gleichzeitig gibt das Land Geld an die Kommunen weiter. Etwa 50 Prozent der Ausgaben werden durch diese Zuweisungen gedeckt.

### Wie funktioniert das genau?

Zunächst wird ausgerechnet, wie viel Geld oben in den Topf – in die sogenannte Finanzausgleichsmasse – fließt. Das ist die Summe, die letztlich verteilt werden kann. Und die hängt davon ab, wie viel Geld (Steuern, Geld aus dem Länderfinanzausgleich u.a.) das Land selbst und wie viel Steuern die Kommunen einnehmen.

Jetzt wird für jede Kommune nach einem komplizierten Rechenverfahren bestimmt, was von dieser Finanzmasse bei ihr ankommt. Das richtet sich hauptsächlich nach der Einwohnerzahl. Außerdem geht es danach, wie steuerstark die Kommune ist. Je mehr eigene Steuereinnahmen die Kommune hat, etwa aus Gewerbesteuern, desto größer ist ihre Steuerkraft. Steuerstärkere Kommunen bekommen somit weniger allgemeine Zuweisungen aus dem großen Topf als steuerschwächere. Sie sind logischerweise besonders auf das Geld aus den sogenannten Schlüsselzuweisungen angewiesen. Hin und wieder gibt es so überdurchschnittlich starke Gemeinden, die nichts aus dem System bekommen und sogar noch etwas abgeben von ihrem „Reichtum“ – also eine solidarische Geschichte.

Der kommunale Finanzausgleich ist sehr komplex. Neben den pauschalen Zuweisungen gibt es auch noch Gelder, um besondere Bedarfe auszugleichen.



## Was ist daran schlecht und muss sich ändern?

Das Geld, das bei den Städten, Gemeinden und Kreisen ankommt, reicht nicht, um alle notwendigen Aufgaben zu erfüllen. Straßen, Brücken, Schulen, Kitas und Sportstätten sind noch zu oft in einem beklagenswerten Zustand. An eine moderne Ausstattung der Schulen ist gar nicht zu denken. In einigen Landkreisen wurden Wettbewerbe um die schlechteste Straße des Kreises ausgelobt. Der Investitionsstau ist groß.

Es gibt in vielen Kommunen kaum oder gar kein Geld für Einrichtungen des kulturellen Lebens dienen. Jugendklubs und Bibliotheken sterben. Ohne private Spenden läuft oft nichts.

## Wir fordern:

- Mehr Geld in die Finanzausgleichsmasse, dafür weniger bürokratische Fördertöpfe
- Erhöhung des Anteils an den Gesamteinnahmen (um mindestens 70 Mio. Euro)
- Eine Infrastrukturpauschale von mindestens 50 Mio. Euro, damit Kommunen eigenständig in ihre Gebäude, Straßen und Radwege investieren können
- Einen Ausgleich für besonders hohe Soziallasten
- Echte Hilfe für Gemeinden, die tief in den roten Zahlen stecken

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag  
Mecklenburg-Vorpommern

DIE LINKE. Fraktion im Landtag M-V  
Lennéstr. 1 19053 Schwerin Tel. 0385 / 5252500  
E-Mail: [info@linksfraktionmv.de](mailto:info@linksfraktionmv.de) [www.linksfraktionmv.de](http://www.linksfraktionmv.de)

[f facebook.com/LinksfraktionMV](https://www.facebook.com/LinksfraktionMV) [t twitter.com/LinksfraktionMV](https://twitter.com/LinksfraktionMV)